

Bezahlbares und familiengerechtes Wohnen für Mehr-Kind-Familien

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und Familienwohnen ist viel mehr als ein Dach über dem Kopf. Familiengerechtes Wohnen und Wohnumfeld sind die Voraussetzung dafür, ob Familien eine greifbare und emotionale Heimat finden. Die Wohnsituation entscheidet wesentlich darüber mit, wie sich die Kinder entwickeln und ob das Familienleben gelingt. Und ob Menschen den Mut finden, sich für mehrere Kinder zu entscheiden, hängt nicht zuletzt vom Wohnen ab: Die Angst vor hohen Wohnkosten und zu engem Wohnraum ist eine der großen Hemmschwellen auf dem Weg zu einer großen Familie. Auch angesichts der demografischen Entwicklung gehört zu einer guten Familienpolitik deshalb unabdingbar der Einsatz für bezahlbaren und familiengerechten Wohnraum.

Gerade Familien mit mehreren Kindern sind die großen Verlierer am Wohnungsmarkt:

- Vor allem in den Großstädten und Ballungsgebieten sind die Mieten in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Dazu kommen die Wohnungsnebenkosten als immer höhere „2. Miete“. Das gilt vor allem für die massiv gestiegenen Heizkosten, die große Haushalte besonders treffen. Mehr-Kind-Familien müssen einen Großteil ihres Einkommens fürs Wohnen einsetzen und sind laut BMFSFJ im Vergleich zu kleinen Haushalten doppelt so häufig durch die Mietkosten überlastet. Die hohen Wohnkosten treiben Familien in schlechte Wohnlagen oder in beengte Wohnungen. Bundesweit steht über 40% der Mehrkindfamilien nur eine Wohnfläche von bis zu 20 qm pro Kopf zur Verfügung.
- Bauplaner und Architekten planen zunehmend an den Familien vorbei. Laut einer im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung durchgeführten Studie von empirica sind in den 100 einkommensstärksten Städten Deutschlands im Durchschnitt nur 27 Prozent aller inserierten Mietwohnungen von Größe und Zuschnitt her überhaupt für Familien geeignet, verfügen also über mindestens 75 qm und 3 Zimmer. In hochverdichteten Ballungsräumen wie Düsseldorf sieht es noch schlechter aus: Hier sind nur 22% der am freien Wohnungsmarkt angebotenen Geschossmietwohnungen überhaupt familieneeignet. Für Familien mit mehreren Kindern und größerem Raumbedarf ist der Markt noch viel kleiner.
- Um diese Wohnungen stehen kinderreiche Familien zudem in Konkurrenz mit Alleinstehenden und kinderlosen Paaren, die viele Vermieter lieber akzeptieren und manchmal in Wohnungsanzeigen sogar gezielt ansprechen („140-qm-Wohnung, ideal für kinderloses Paar, gerne mit Hund“).
- Gleichzeitig ist die Wohneigentumsförderung für Familien eingebrochen. Seit der Streichung der Eigenheimzulage 2006 gibt es auf Bundesebene keine klar familienorientierte Unterstützung beim Erwerb von Wohneigentum mehr, obwohl Wohneigentum Familien mit mehreren Kindern ein selbstbestimmtes und familiengerechtes Wohnen ermöglicht und gleichzeitig der Altersvorsorge dient.

Was ist auf Bundesebene nötig?

- Gefordert ist vor allem die Wiedereinführung einer bundesweiten und unkompliziert handhabbaren Wohneigentumsförderung nach dem Vorbild der Eigenheimzulage. Sie sollte auf Familien beschränkt sein und durch eine kinderzahlabhängige Förderung Familien mit mehreren Kindern besonders und spürbar unterstützen.

- Gemäß dem Motto „Soviel Wohneigentum wie möglich, so viel Mietwohnraum wie nötig“ muss ergänzend zum Wohneigentum ausreichender und bezahlbarer Mietwohnraum für Familien geschaffen werden. Hier sind vor allem die Soziale Wohnraumförderung in den Ländern sowie die Stadt- und Baulandentwicklung in den Kommunen gefordert, aber der Bund steht ebenfalls in der Pflicht: Er muss über gemeinsame Steuerungsinstrumente mit den Ländern und Kommunen viel stärker darauf hinwirken, dass die Wohnbedürfnisse von Mehr-Kind-Familien berücksichtigt werden. So kommt das Familienwohnen im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen, mit dem Bund, Länder und Kommunen gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung der wohnungspolitischen Herausforderungen ergreifen wollen, bislang überhaupt nicht als eigenes Thema vor.
- Auch die Demografiestrategie der Bundesregierung muss das kindgerechte und bezahlbare Wohnen für Mehr-Kind-Familien auf die Tagesordnung setzen. Sonst besteht die Gefahr, dass sich die demografiepolitischen Strategien auf kompensatorische Maßnahmen wie das Wohnen im Alter beschränken und keine Wege aufzeigen, wie Menschen wieder mehr Mut zu mehr Kindern bekommen können.
- Das Wohngeld, das gerade für kinderreiche Familien besonders wichtig ist, um angesichts hoher Wohnkosten irgendwie über die Runden zu kommen, muss regelmäßig der realen Preisentwicklung angepasst werden.
- Um die Diskriminierung von Mehr-Kind-Familien am Wohnungsmarkt zu unterbinden und familienfreundliche Initiativen von Vermietern und privaten Grundbesitzern zu stärken, muss im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz der besondere Schutz der Familie klar verankert werden.
- Familienwohnen hört nicht an der Haustür auf. Ob Familien an ihrem Wohnort eine Heimat finden, in der sie sich willkommen fühlen, lässt sich über Gesetze allein nicht garantieren. Aber Gesetze müssen die Voraussetzungen für eine familienorientierte Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung schaffen, die sich an den Bedürfnissen von Familien ausrichtet - von Kinderbetreuung und Schulen über Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche und fußläufig erreichbare Geschäfte des täglichen Bedarfs bis hin zu einem familienfreundlichen öffentlichen Nahverkehrsangebot. Wichtiger Hebel dafür ist das Baugesetzbuch, das die wichtigsten stadtplanerischen Instrumente für die Kommunen definiert und Familienwohnbedürfnisse in den Blick nehmen muss.
- Der Deutsche Familienverband fordert seit langem die Einführung einer verbindlichen Familienverträglichkeitsprüfung für Gesetze und Verordnungen auf allen politischen Ebenen, die auch Entscheidungen zu Wohnungsbau und Städteplanung auf einen Familien-TÜV stellt. Dafür muss dringend die Zusage im Koalitionsvertrag der Bundesregierung umgesetzt und Familienfreundlichkeit als Leitprinzip der Gesetzgebung und des exekutiven Handelns in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) verankert werden – auch als Vorbild und Ansporn für Länder und Kommunen.

Der Deutsche Familienverband unterstützt entsprechende Initiativen ausdrücklich und steht gerne zu einem Gespräch bereit.

Berlin, den 28.07.2015

Siegfried Stresing
Bundesgeschäftsführer